

A n t r a g

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/7300 –
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

Niemals wieder! Gedenkkultur in Rheinland-Pfalz fördern und erhalten

I. Der Landtag stellt fest:

Das Gedenken an die Opfer von Krieg, Gewalt und Unterdrückung gehört zu den demokratischen Grundwerten des wiedervereinigten Deutschlands. Wir gedenken in Rheinland-Pfalz der Opfer zweier verheerender Weltkriege, der Opfer der menschenverachtenden Ideologie des Nationalsozialismus und der Opfer des DDR-Regimes. Unvermindert stellt sich die Frage nach dem Stellenwert politischer Bildung im Gedenken an die Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir erleben aktuell, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wieder hof- und parteifähig wird. Wir erleben außerdem aktuell, dass Antisemitismus, der häufig als Israelkritik verbrämt wird, verstärkt Raum in unserer Gesellschaft gewinnt. Dagegen müssen wir uns entschieden zur Wehr setzen, denn Minderheiten und vermeintlich Schwache dürfen nicht noch einmal Ziel des Hasses von menschenverachtenden Ideologien werden. Aus diesem Grund müssen insbesondere junge Menschen in ihrem kritischen Urteilsvermögen und pluralistischen Demokratieverständnis weiter nachhaltig gestärkt werden, um rassistische und menschenverachtende Propaganda rechtzeitig entlarven zu können.

II. Der Landtag begrüßt:

- die finanzielle Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung zugunsten der rheinland-pfälzischen Gedenkkultur;
- die neu geschaffenen Mittel zur politischen Bildung in der digitalen Welt der Landeszentrale für politische Bildung;
- die neu geschaffenen Mittel zur Weiterentwicklung der Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz der Landeszentrale für politische Bildung;
- den Zuwachs der Maßnahmen der politischen Bildung zur Bekämpfung des politischen Extremismus der Landeszentrale für politische Bildung;
- die zusätzliche Stelle zur Koordination „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“;
- die Konstanz bei der personellen Ausstattung der Landeszentrale für politische Bildung;
- die Einrichtung einer Online-Redaktion bei der Landeszentrale für politische Bildung;
- die Erweiterung der finanziellen Unterstützung der Schulen für Gedenkstättenfahrten;

b. w.

- die Erhöhung der Zuschüsse an die Fördervereine in Osthofen, Hinzert und Neustadt;
- den Stellenerhalt in der Gedenkstätte Osthofen;
- die Freistellung einer Vollzeitlehrkraft zugunsten der Gedenkstättenarbeit in Osthofen;
- den Ausbau der Unterstützungsangebote des Pädagogischen Landesinstituts zur Gedenkstättenarbeit an Schulen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Landeszentrale für politische Bildung bei der politischen Arbeit weiter zu unterstützen;
- die Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz durch weitere Förderung zu erhalten und bei Bedarf auf Grundlage entsprechender Forschungsarbeit auszubauen;
- das ehrenamtliche Engagement im Bereich der Gedenkkultur aktiv zu unterstützen;
- die Verankerung von Gedenkarbeit in den Schulen und deren Zusammenwirken mit historischen Orten und Zeitzeuginnen und Zeitzeugen weiter zu fördern;
- die umfangreiche Förderung von Gedenkstättenbesuchen und historisch-demokratiebildenden Projekten beizubehalten.

Für die Fraktion der SPD: Für die Fraktion der FDP:
Martin Haller Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer